

# Rundbrief Februar – I - 2025

## 1. Trumps Pläne für Gaza

„Ankündigung eines Jahrhundertverbrechens“ überschrieb Daniel Bax letzte Woche einen Kommentar zu Trumps Gaza-Plänen in der TAZ. Gerade erst im Amt, ließ Trump nach Gebietsansprüchen auf Grönland, Panama, Kanada auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu am 4. Februar erneut eine Bombe platzen. Trump hat den Gazastreifen als neuestes Investitionsobjekt für sich und befreundete New Yorker Immobilienhaie entdeckt: Gaza als „Riviera des Mittelmeers“ – ein Fünf-Sterne-Ferienparadies für den globalen Jetset unter amerikanischer Oberhoheit. Trump schloss nicht aus, gegen möglichen Protest der lokalen palästinensischen Bevölkerung auch amerikanische Truppen einzusetzen.



*Trump visits Israel during his first term as President (Photo: Israeli Ministry of Foreign Affairs)*

Netanjahu kommt das Privileg zu, als erster ausländischer Staatsgast das Weiße Haus nach der Amtsübernahme durch Trump zu besuchen. Das zeigt, wo die Prioritäten der amerikanischen Außenpolitik in den nächsten Monaten liegen. Die Einladung ist auch ein bewusster Affront gegen den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag, der im November letzten Jahres einen internationalen Haftbefehl gegen Netanjahu sowie den damaligen Kriegsminister Gallant wegen Kriegsverbrechen ausgestellt hat. Trump schert das wenig. Im Gegenteil: Eine seiner ersten Amtshandlungen war die Verhängung von Sanktionen gegen alle Mitarbeiter\*innen des IStGH, die an dem Haftbefehl mitgewirkt haben, den Trump als „illegitimen Akt“ bezeichnete. Netanjahu nannte Trump den besten Freund, den Israel je im Weißen Haus hatte.

**Und was ist mit den Palästinenser\*innen, den eigentlichen Besitzer\*innen des Landes?** Schon im Vorfeld des Besuchs von Netanjahu hatte Trump angekündigt, er wolle die palästinensische Bevölkerung Gazas nach Ägypten und Jordanien oder an „2, 3, 4, 7, 8 oder auch 12 andere Orte“ (Trump) umsiedeln. Die Rechnung einer solchen Massenumsiedlung, so Trump lapidar, um seine MAGA-Wählerbasis nicht zu verprellen, würden die reichen Golfländer begleichen. Den amerikanischen Steuerzahler würde es keinen Cent kosten. Angesprochen auf die Weigerung Ägyptens und Jordaniens, palästinensische Geflüchtete anzusiedeln, begegnete er mit seinen üblichen drohenden Andeutungen: „Sie werden das machen. Wir tun eine Menge für sie (Ägypten und Jordanien). Und sie werden das machen.“

Trumps Plan ist nichts weniger als ein offener Aufruf zu ethnischer Säuberung, einem der schwerstmöglichen Kriegsverbrechen im Völkerrecht. Und es ist eine Kampfansage an das zweite internationale Gericht, den Internationalen Gerichtshof (IGH), der letztes Jahr das Recht der Palästinenser auf nationale Selbstbestimmung und einen eigenen Staat betont und Israel zum bedingungslosen Rückzug aus allen besetzten Gebieten aufgefordert hat. Mit seinen Plänen ersetzt Trump die ohnehin schon labile internationale Rechts- und Werteordnung, die aus den Lehren des 2. Weltkrieges entstanden ist, durch ein imperiales Recht des Stärkeren, in dem allein seine eigenen Macht- und Profitinteressen zählen.

**Erinnern wir uns:** Schon während seiner ersten Amtszeit hat sich Trump über alle UN-Beschlüsse hinweggesetzt – einschließlich solcher, denen selbst die USA zuvor zugestimmt hatten. Die Trump-Administration 1.0. hatte die völkerrechtswidrige Annexion der Golanhöhen und Ost-Jeruselems durch Israel anerkannt und als einziges Land der Welt seine Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt. Trumps damals nicht umgesetzter *Deal of the Century* sah ein palästinensisches Mini-Gebilde aus unzusammenhängenden Enklaven in den A- und B-Gebieten der Westbank vor. Die sogenannten Abraham-Abkommen sahen die Neuordnung der MENA-Region unter amerikanisch-israelischer Hegemonie vor.

Mit seinen neuesten Plänen macht sich Trump zum Erfüllungsgehilfen der genozidalen Ziele der Netanjahu-Regierung. Das palästinensische Volk soll sich in Luft auflösen, so wie es der rechtsradikale israelische Finanzminister Smotrich schon 2017 in seinem sogenannten „Unterwerfungsplan“ gefordert hatte. Dessen offen erklärtes Ziel war es, „jegliche nationale Hoffnung der Palästinenser auszulöschen.“ Trumps neuer Botschafter in Israel, Mike Huckabee, bezweifelte bei seiner Anhörung vor dem amerikanischen Senat, dass es überhaupt so etwas wie ein palästinensisches Volk gäbe. Und Trumps Kandidatin als UN-Botschafterin, Elise Stefanik, nannte die UN eine antisemitische Institution und sprach Israel gar ein biblisches Recht auf ganz Palästina zu.

Wie wenig Respekt die neue Trump-Administration vor internationalen Organisationen hat, zeigen seine ersten *Executive Orders* (Präsidentialdekrete), darunter der Austritt der USA aus dem UN-Menschenrechtsrat wegen angeblicher Voreingenommenheit gegen Israel und die Aussetzung der amerikanischen Hilfsleistungen an die UNRWA. Gleichzeitig hob Trump die von Biden verhängten Sanktionen gegen radikale Siedler auf und genehmigte die Auslieferung von 2000-Pfund-Bomben, die die Biden-Regierung nach dem Beginn der Rafah-Offensive im April letzten Jahres gestoppt hatte.

**Reaktionen auf Trump:** Ausnahmslos **alle palästinensischen Organisationen** haben die Pläne Trumps kategorisch zurückgewiesen. Für sie bedeuten sie das Ende des Traumes von einem eigenen Staat. Die **Arabische Liga** sprach von einem "Rezept für Instabilität". Die **Türkei** nannte den Plan "inakzeptabel". Die Nachbarländer **Jordanien und Ägypten** lehnen eine Aufnahme von Palästinensern aus dem Gazastreifen kategorisch ab. Das

Außenministerium **Saudi-Arabiens** betonte, dass das Königreich eine Normalisierung seiner Beziehungen zu Israel von der Gründung "eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt" abhängig mache.

Scharf kritisiert wurden die Trump-Pläne von **UN-Generalsekretär Guterres**. Guterres erklärte vor dem *UN-Komitee für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes*: „Bei der Suche nach Lösungen dürfen wir das Problem nicht verschlimmern. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir uns an die Grundlagen des Völkerrechts halten. Es ist zwingend notwendig, jede Form von ethnischer Säuberung zu vermeiden“

**Und die Westbank?** Während Trumps Gaza-Pläne weltweit Furore machen, gibt es Anzeichen dafür, dass Trump noch weitergeht und der Annexion von Teilen oder der ganzen Westbank zustimmen könnte. Auf die Frage eines Reporters nach einer möglichen israelischen Annexion des Westjordanlandes antwortete Trump, dass er innerhalb der nächsten vier Wochen eine Entscheidung zu diesem Thema treffen werde. „Es [Israel] ist sicherlich ein kleines Land, was die Fläche angeht,“ bemerkte Trump. Schon im August 2024 hatte sich Trump auf einer Wahlveranstaltung in New Jersey ähnlich geäußert. „Wenn man sich die Karte des Nahen Ostens ansieht, ist Israel ein winziger Fleck im Vergleich zu diesen riesigen Landmassen. Es ist wirklich ein winziger Fleck. Ich habe mich schon gefragt: 'Gibt es eine Möglichkeit, mehr davon zu bekommen?'“

Auch **innenpolitisch** hat Trump, der sich selbst als „bester Freund der Juden“ bezeichnet, harte Maßnahmen gegen die pro-palästinensischen Protestbewegungen angekündigt. Unter dem Vorwand des Kampfes gegen Antisemitismus hat er die Untersuchungsrichter in den Bundesstaaten angewiesen, innerhalb der nächsten 60 Tage Strafmaßnahmen gegen alle israelkritischen Aktionen einzuleiten. Ausländischen Studierenden, die sich an Protestaktionen beteiligt haben, soll die Aufenthaltsgenehmigung entzogen werden.

#### **Weiterführende Reaktionen, Beiträge und Kommentare zu Trumps Gaza-Plänen:**

- Über die Reaktionen der Palästinenser in Gaza, die trotz der Zerstörungen in Gaza an ihrem Bleiberecht festhalten:  
<https://mondoweiss.net/2025/02/palestinians-reject-trumps-vision-for-gaza-if-they-offered-me-an-entire-city-instead-of-the-rubble-of-my-home-i-would-not-accept-it/>
- Die Stellungnahme von Mustapha Barghouti zu den Trump-Plänen:  
<https://edition.cnn.com/2025/02/05/Tv/video/amanpour-barghouti>
- Die Erklärung von IPPNW: <https://www.ippnw.de/startseite/artikel/de/ippnw-warnt-vor-schwerem-voelkerrecht.html>
- Eine Übersicht über internationale Reaktionen auf die Trump-Ankündigung:  
<https://taz.de/Umsiedlung-von-Palaestinensern/!6067657/>
- Ein Kommentar von Daniel Bax in der TAZ: <https://taz.de/Trumps-Plaene-fuer-Gaza/!6067670/>
- Eine historische Einbettung der Trump-Pläne in die Geschichte der ethnischen Säuberung Palästinas: <https://mondoweiss.net/2025/02/trumps-plan-ethnic-cleansing-as-fascist-ambition/>
- Übersicht über Maßnahmen Trumps gegenüber den Palästinensern:  
<https://www.aljazeera.com/news/2025/2/5/four-examples-of-trumps-neverending-support-for-israel>

- Über eine mögliche Unterstützung der Annexion der Westbank durch Israel:  
<https://mondoweiss.net/2025/02/coming-soon-trump-plan-for-israeli-annexation-of-the-west-bank/>
- Zur Einordnung in die aktuelle regionale Lage im Nahen Osten:  
[https://www.youtube.com/watch?v=5fapR6kp\\_vE](https://www.youtube.com/watch?v=5fapR6kp_vE)

## 2. In eigener Sache: Nachbetrachtung zum Zoom-Gespräch mit dem DPG-Präsidenten Nazih Musharbash vom 4. Februar 2025

Bei dem Zoom-Gespräch am 4. Februar mit unserem Vizepräsidenten wurde nicht nur über die Situation in Palästina nach dem Waffenstillstand, über deutsche Nahostpolitik und Trumps Gaza-Vorschläge diskutiert. Einige Mitglieder traten auch mit dem berechtigten Wunsch an das Präsidium heran, dass die DPG über die Informationsvermittlung und ihr Eintreten für einen gerechten Frieden in Palästina hinaus eine politische Programmatik für uns in Deutschland entwickelt und Einfluss auf öffentliche Diskurse nimmt.

Wir möchten hierbei ausdrücklich unserem Mitglied Thorsten Ehlers danken, der in diesem Zusammenhang mehrere Ideen unterbreitete. Die wichtigsten sollen an dieser Stelle kurz skizziert werden:

**Erstens:** Zur Begründung der bedingungslosen und einseitigen Unterstützung Israels – einschließlich der Rechtfertigung israelischer Kriegsverbrechen – berufen sich deutsche Politiker auf die historische deutsche Verantwortung aus dem Holocaust, der Massenvernichtung der europäischen Juden. Das universelle für alle geltende „Nie wieder...“, das der Genozid-Konvention von 1948 zugrunde liegt, wird so auf die jüdischen Opfer des Holocaust verengt, als deren selbsternannter Repräsentant die israelische Führung ihre Expansionspolitik legitimiert. Universelle Lehren aus dem Holocaust setzen jedoch einerseits eine universelle Aufarbeitung des Holocaust voraus, dem nicht nur Juden, sondern auch andere ethnische, soziale und politische Gruppen zum Opfer fielen – man denke an die Roma und Sinti, die polnische Intelligenz und andere ethnische Gruppen, die systematisch von den Nazis und ihren faschistischen Verbündeten liquidiert wurden –, andererseits die universelle Ächtung von Völkermord – egal von wem und an wem. Deswegen der Vorschlag unseres Mitglieds: die Antisemitismusbeauftragten in Deutschland zu ersetzen durch einen Ethikrat, der die Verfolgung ALLER Opfer des Holocaust aufarbeitet. Die historische Verantwortung Deutschlands muss allen Opfern des Holocaust gelten.

**Zweitens:** Die Gründung eines jüdischen Staates auf palästinensischem Territorium war direktes Ergebnis des Holocausts. Eine direkte Folge der Gründung Israels war die Massenvertreibung der Palästinenser, die Nakba. Die palästinensische Nakba ist somit eine indirekte Folge des Holocausts. Deutschland muss sich dieser historischen Verantwortung für das Leid der Palästinenser stellen. Die Nakba als eine Folge des Holocausts muss auch in schulischen Curricula vermittelt werden.

Das Präsidium der DPG wird sich in den nächsten Wochen Gedanken darüber machen, wie wir die programmatische Entwicklung und Forderungen an die Bundesregierung weiterentwickeln können. Wir werden in diesem Zusammenhang auch auf unsere Mitglieder zurückkommen und würden uns über weitere Anregungen freuen.

Ein weiterer Ansatzpunkt für eine inhaltliche Debatte wäre sicher auch die Frage, welche Rechtsfolgen sich für Deutschland aus dem Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes vom Juli 2024 ergeben. Dieser hatte ja nicht nur die Besatzung als völkerrechtswidrig erklärt und Israel zu einem bedingungslosen Rückzug aufgefordert, sondern Drittländer an ihre Pflicht erinnert, alles zu unterlassen, was die Besatzung in irgendeiner Form stützt.

### 3. Bundestagswahlen

Am 23. Februar 2025 finden die vorgezogenen Wahlen zum Bundestag statt. Während des genozidalen Krieges Israels gegen die Bevölkerung des Gazastreifens hat die Bundesregierung Israel mit Waffen beliefert und der Netanjahu-Regierung in der EU und den UN-Gremien den Rücken freigehalten, während die Spielräume für pro-palästinensische Stimmen in Deutschland immer enger wurden. Die DPG fordert, dass die neue Bundesregierung ihre einseitige Unterstützung Israels aufgibt und sich für eine dauerhafte Friedenslösung einsetzt, die auf dem uneingeschränkten und bedingungslosen nationalen Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser in einem unabhängigen Staat in den gesamten Besetzten Gebieten basiert. Aus Anlass der Wahlen hat die DPG in einer Extra-Ausgabe von „Zur Sache“ (Ausgabe 2-2025) die Aussagen der Wahlprogramme der relevanten demokratischen Parteien zusammengestellt: <https://dpg-netz.de/zur-sache/>

Weiterhin möchten wir auf den Wahlcheck „Positionen zu Parteien zu Israel und Palästina“ der Webseite Itidal des Journalisten Tareq Baé verweisen: <https://itidal.de/wahlcheck-positionen-der-parteien-zu-palastina-und-israel/>

### 4. Verschiedenes - Spendengelder nach Gaza überwiesen

Die Spenden der Erlöse der Kalender des schottischen *Network of Photographers for Palestine*, dessen Präsidium DPG-Vizepräsidentin Ursula Mindermann angehört, wurden nach Gaza überwiesen.



Bild: *Network of Photographers for Palestine*

Von dem Geld wurden Plastikplanen gekauft, die zum Schutz der Zelte jetzt im Winter dringend benötigt werden und das Durchnässen der Zelte verhindern sollen. Ein Dank geht an die SpenderInnen sowie KäuferInnen des Kalenders!

**Spende**  
**Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.**  
**Kontoverbindung**  
**IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10**  
**BIC: GENODED1SPK**  
**Spende Zweck: Humanitäre und medizinische Hilfe in Gaza – Palästina**



*Hinweis: Im nächsten Rundbrief werden wir uns näher mit der Situation in Gaza nach dem Waffenstillstand und den Angriffen der israelischen Armee auf Jenin und andere Städte der Westbank befassen.*

*Ivesa Lübben,  
Vizepräsidentin – DPG e.V.*